

06.10.2025

Position zur

Ausweispflicht der nationalen CO2 Preise auf der Rechnung

Hintergrund / Problembeschreibung:

Die Emissionszertifikate für die nationalen CO2 Preise nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) werden von den Gaslieferanten bislang zu Festpreisen gekauft und die Preise sodann an die Letztverbraucher weiter gewälzt. Bislang waren die Energielieferanten verpflichtet, auf der Rechnung auszuweisen, wie hoch der CO2 Preis Anteil ist. Die Ausweispflicht ist in § 40 Absatz 3 Nr. 5 EnWG geregelt. Diese Regelung ist aber bis zum 31.12.2025 befristet:

§ 40 Abs. 3 Nr. 5 EnWG

Energielieferanten sind verpflichtet, in den Rechnungen folgende Belastungen gesondert auszuweisen, soweit sie Kalkulationsbestandteile der in die Rechnung einfließenden Preise sind:

...

5. bei Gasrechnungen bis **zum 31. Dezember 2025** die Kosten in Cent pro Kilowattstunde für den Erwerb von Emissionszertifikaten nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2728) in der jeweils geltenden Fassung, die Umlegung saldierter Kosten nach § 35e sowie die saldierte Preisanpassung aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 26 Absatz 1 des Energiesicherungsgesetzes.

Ab dem kommenden Jahr werden die CO2 Zertifikate nicht mehr zu Festpreisen verkauft, sondern in einem Preiskorridor versteigert. Rechtsanwälte und Unternehmen berichten uns, dass die Energieversorger Verträge für die kommenden Jahre vorlegen, in denen sowohl die CO2 Preis-Wälzung und Ausweispflicht als auch die mit der Ersteigerung verbundenen Aufwände sehr intransparent dargestellt sind. Hier sind viele undurchsichtige Fallgestaltungen denkbar. Gerade wenn der Inverkehrbringer in verschiedenen Chargen und zu unterschiedlichen Preisen beschafft.

Daraus resultiert die Frage, wie die Letztverbraucher erfahren, welche Gaspreise sie letztlich zahlen und wie hoch der Anteil an CO2 Zertifikaten ist?

Empfehlung:

Die Ausweispflicht nach § 40 Absatz 3 Nr. 5 EnWG sollte entfristet werden. Zudem sollte ein Zusatz hinzugefügt werden, dass auch der Aufwand für die Ersteigerung ausgewiesen werden muss und der entsprechende Aufschlag den tatsächlichen Aufwand nicht übersteigen darf.

Auch noch wichtig: Kein Anreiz für Versorger, günstige Zertifikate zu ersteigern

Da die Versorger die CO2 Preise im Nachgang weiterwälzen, besteht im Grunde kein Anreiz, die Zertifikate möglichst günstig zu ersteigern. Es besteht das Risiko, dass Versorger die Zertifikate damit zu überhöhten Preisen ersteigern.

Diese Thematik wird schon im nächsten Jahr relevant, wenn die Preise in einem Preiskorridor ersteigert werden sollen, genau so aber im kommenden ETS2 System, in dem keine Preisgrenzen mehr vorgesehen sind.

Der VEA ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen unter der Registernummer: **R000594**

Die DIHK ist von der Registrierungspflicht **befreit**